

Deutsch macht doof

Welt, 29.06.2023, Ulf Poschardt

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus246112290/Ulf-Poschardt-zur-schwachen-Wirtschaft-Deutsch-macht-doof.html>

Die Schwäche der deutschen Wirtschaft nimmt erschütternde Dimensionen an. Doch kaum einer merkt es. Die Politik ist mit anderem beschäftigt: zum Beispiel mit moralischen Debatten über die AfD oder dem Wunsch nach noch mehr Beamten. Kein Wunder, dass viele Erfolgreiche dem Land schon den Rücken kehren.

Der Witz ist, dass die AfD, Merkels Flüchtlingspolitik und die Grünen gleichermaßen sehr deutsche Phänomene sind. Sie gehen einen nationalen Weg, der schon bei den direkten europäischen Nachbarn auf großes Unverständnis stößt. Die Debatte nach einer Landratswahl in Südthüringen verdeutlicht, wie nahezu alle Diskutanten in ihren engen, nationalen Bezügen verharren und ausblenden, welche Art von ökonomischem Tsunami die Globalisierung für das Land bereithält, sollte es weitermachen wie bisher.

Dass die moralischen Reflexe der „Guten“ nur deshalb greifen können, weil das ökonomische Elend noch nicht eingeschlagen hat, ist an Medien, Intellektuellen (und denen, die sich dafür halten) und Teilen der Politik vorbeigegangen. Dabei sind die Zahlen bestürzend. 2022 flossen 132 Milliarden US-Dollar mehr Direktinvestitionen ab, als in Deutschland investiert wurden. Unter 46 Staaten – so das IW-Institut – war das der mieseste Befund.

Wer in diesen Tagen den Fehler begeht, die Berliner Bubble oder gar das Land zu verlassen, um mit amerikanischen, schwedischen oder Schweizer Unternehmern zu sprechen, bekommt einen schonungslosen Blick serviert. Weniger auf die deutsche Volkswirtschaft (das auch), sondern vielmehr auf die deutschen Befindlichkeiten, die hiesige Mentalität. Wieder sei man der „kranke Mann Europas“, aber jetzt „mit noch größerer Klappe“.

Amerikanische Investoren machen zunehmend größere Bögen um Europa, in Deutschland sieht man wenig Perspektiven, außer wenn man sich auf das Abgreifen gestörter Subventionsmilliarden fokussiert. Die Ampelpolitik mag für einige Transformationsbranchen (und den dazugehörigen Lobbyklüngel) wirtschaftsfreundlich aussehen, ist im Zweifel aber markt- und damit innovationsfeindlich.

„Demokratie und freie Wirtschaft“, so wusste Ludwig Erhard, „gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft.“ Die letzte Staatskritik im Bundeskanzleramt aber gab es unter den mutigen Reformen Gerhard Schröders. „Es ist nicht Aufgabe des Staates, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen“, wusste Erhard, „auch passt es nicht in das Bild einer auf unternehmerischer Freizügigkeit beruhenden Wirtschaft, wenn sich der Staat selbst als Unternehmer betätigt.“

Man könnte hier endlos Erhard-Zitate wiedergeben. Über mündige Konsumenten und die Bedeutung der individuellen Freiheit. Es verdeutlicht nur, dass das erste Wirtschaftswunder nicht nur einen Vater hatte, sondern eine ordnungspolitische Klarheit, die aktuell vollkommen verlottert ist.

Die Zahl der Beamten erreicht ein neues Hoch, während die Zahl der Selbstständigen dramatisch sinkt. Beides hat miteinander zu tun, aber kaum jemanden interessiert das im nationalidentischen Kulturkampf, links wie rechts. Es war schon egal, dass ein Unternehmen wie Biontech, das wie wenige andere für Innovation steht, ein neues Forschungs- und Entwicklungszentrum lieber in Großbritannien aufmacht als bei uns.

Die ökonomische Nonchalance ist die Rendite eines Staatsfetischs, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Klasse von Staatsgünstlingen alimentiert hat. Diese können (und wollen) nichts anderes denken als eine Politik, in der der Staat alles regelt und die Minister alles besser wissen: Winfried Kretschmann erklärt den Bürgern, wie man den Waschlappen benutzt, Robert Habeck legt den Bürgern nahe, abends die Gardinen zuzuziehen, das spare bis zu fünf Prozent Energie, und Cem Özdemir will Werbung für fett-, zucker- oder salzhaltige Lebensmittel zwischen 6 und 23 Uhr aus dem Fernsehen verbannen, wobei, die Bürokratie lässt grüßen, bei den Uhrzeiten wohl noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Der Überbau der Bundesrepublik ist seit Hegel ebenso superdeutsch wie superstaatsfixiert. Es sind eine Beamtenkultur und eine Beamtenethik entstanden. Und ein Glaube, dass der Staat alles richten kann und soll. Entmündigte Bürger sind das Ziel – und wer die Regression in den Debatten nach Sonneberg bestaunt, kann sehen, wie weit diese Entmündigung vorangeschritten ist.

Wie, besonders erschreckend, Teile der Jugend, statt sich anzustrengen, Tag und Nacht zu arbeiten, wilde Träume und krasse Visionen zu haben, beschwingt und schamlos zu feiern und ihr Leben als ein Abenteuer zu verstehen, heulsusig bei allem und jedem nach dem Staat rufen, um sich in ihrer kindlichen Verletzlichkeit schützen zu lassen.

Natürlich gibt es auch andere junge Menschen, die sich nach Wettbewerb sehnen und den Streit ohne Opportunismus suchen. Liberale wie Ben Brechtken, der nach einem Jahr Pause im Alleingang ein soziales Netzwerk wie Twitter reliberalisieren kann. Aber die klugen Vertreter der Generation Brechtken verlassen oft genug das Land, sind nach Studien in Oxford, Genf oder Paris einfach weg.

Die Reichen und Erfolgreichen wandern aus, weil sie die Debatten nicht mehr ertragen – und einfach keine Hoffnung mehr in dem spießig-selbstgerechten Moralpatriotismus und den darin ausgelebten Neidexzessen sehen. Niemand, der auf Sylt ein Haus hat, muss dort bleiben. Und immer mehr sagen einfach Tschüss.

Das ist das Großartige an der globalisierten Welt. Es gibt einen internationalen Wettbewerb um die Besten. Und so wie Deutschland einen bemerkenswerten Braindrain erleben muss, nimmt es gleichzeitig eine Zuwanderung bildungsferner Menschen hin, die nur gestaltbar wäre, wenn die Bildungseinrichtungen mehr wären als unteres Mittelmaß. Dazu gehört auch eine Erfolgskultur, die es in Deutschland immer weniger gibt. Sie wurde nahezu vollständig von einer Gerechtigkeitskultur verdrängt, die am Ende die feisten Subventionseliten bedient und die wirklich Ehrgeizigen vertreibt.

Der liberale Blick auf den Kulturkampf ist einfach. Wir brauchen eine minimalistische Meritokratie, in der die Besten Erfolg haben und es vollkommen egal ist, wo sie herkommen, wie sie aussehen, an was sie glauben und mit wem oder was sie Geschlechtsverkehr haben.

Jede migrantische Transfrau, die ein erfolgreiches Start-up gründet und Arbeitsplätze schafft, sollte gefeiert werden wie jeder Schlagende-Verbindungs-Patriot, der ein mittelständisches Unternehmen in der Sächsischen Schweiz hochzieht.

Wenn sich Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen will, muss es globaler denken. Das entnationalisiert den geistigen Horizont. Deswegen hassen Linke wie Rechte den Kapitalismus. Für die AfD-Sozialnationalen ist Friedrich Merz genauso der „Blackrock“-Mann wie für den Grüne-Jugend-Chef Timon Dzienus oder die Carla-Bürgerkinder aus den Klimasekten. Oder die „taz“ und die „Junge Freiheit“. Sie alle sind sich näher, als sie es wahrhaben wollen.

Wenn wir mehr blinde Migration haben wollen, dann müssen wir den Sozialstaat entschieden abbauen, wie Milton Friedman so richtig bemerkte. All diese Binsen bleiben ungedacht, weil sich eine Staats- und Beamtenlyrik über das Land der Dichter und Denker gesenkt hat, die regressiver kaum sein könnte. Union und FDP haben keine Denker mehr, die bei Friedman und Erhard weitermachen. Die Universitäten sind geprägt von Linksoportunismus und Regierungsbücklingsprofessoren, die sich gegenseitig stolz ihre Beratungsnähe zur Staatsmacht präsentieren.

Die Hoffnung: Die Globalisierung ist gnadenlos. Entweder wir reformieren uns. Oder wir werden reformiert. Und dann kommen die in die Schweiz, die USA oder nach London ausgewanderten Deutschen zurück und kaufen den maroden Laden auf. Dann wird es wieder lustig.